



Bundesverband e.V.

Sozial gerecht und solidarisch!

**20 Forderungen der Arbeiterwohlfahrt an die Bundespolitik in
der 18. Legislaturperiode**

Beschluss des Präsidiums der Arbeiterwohlfahrt am 22.11.2013

AWO Bundesverband e. V.

Blücherstr. 62/63

10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 - 263 09 - 0

Telefax: (+49) 30 - 263 09 - 325 99

E-Mail: info@awo.org

Internet: awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes

Redaktion: Präsidium der Arbeiterwohlfahrt

© AWO Bundesverband e. V.

November 2013

Sozial gerecht und solidarisch!

20 Forderungen der Arbeiterwohlfahrt an die Bundespolitik in der 18. Legislaturperiode

Die gesellschaftlichen Herausforderungen brauchen eine Politik der aktiven Veränderung. Unser Maßstab zur Bewertung der politischen Arbeit sind die hier zusammengefassten zentralen Forderungen. Die drängenden sozialen Fragen verlangen zielgerichtete, kompetente Entscheidungen und politischen Mut. Klar ist: Wir müssen Verantwortung übernehmen – Sozial gerecht und solidarisch. Deshalb wird die Arbeiterwohlfahrt in kritischer Zusammenarbeit die Arbeit des Bundestages und der Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode begleiten.

1. Grundlegende Gestaltung des Solidarischen Sozialstaats

Wir fordern Investitionen in den Sozialstaat und einen Ausbau der Daseinsvorsorge - einschließlich der sozialen Dienstleistungen - im allgemeinen Interesse. Es braucht eine Ausgestaltung des Beihilfe- und Vergaberechts, für die nicht nur der Preis, sondern auch die Qualität ausschlaggebend ist.

Wir setzen uns ein für starke Kommunen in einem gerechten Land und fordern eine bessere Finanzausstattung der Kommune.

Für eine sinnvolle und gesellschaftserhaltende Umverteilung braucht es Maßnahmen zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen: Dazu gehören die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer, eine Neugestaltung der Vermögensbesteuerung und die Anhebung der Spitzensteuersätze.

2. Sozialen Berufen eine Zukunft bieten – Fachkräftemangel entgegenwirken

Soziale Arbeit muss den Menschen eine Perspektive und ein auskömmliches Einkommen bieten. Dazu gehört, dass die vertraglichen Grundlagen verändert und strukturelle Förderungen wieder aufgebaut werden. Nur so sind nachhaltig angemessene Tariflöhne zu gewährleisten, die einem Fachkräftemangel entgegenwirken. Wir fordern einen allgemein verbindlichen Entgelttarifvertrag Soziales, der die gesamten Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit umfasst.

3. Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Dienstleistungen

Zur Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Regelangebots im Bereich des Sozialen fordern wir Veränderungen der vertraglichen Grundlagen und eine strukturelle Förderung der Freien Träger. Messen lassen wollen wir uns am eigenen Anspruch, unter Berücksichtigung gebotener Effizienz und Wirtschaftlichkeit qualitativ hochwertige Angebote zu erbringen.

4. Soziale Innovationen mit Augenmaß fördern

Wir fordern, dass die Förderung von Innovationen die Freie Wohlfahrtspflege einbezieht. Zudem müssen soziale Leistungen (weiterhin) flächendeckend erbracht werden. Wir wenden uns gegen Förderimpulse, die soziale Angebote in wenige „Leuchtturmprojekte“ aufteilen.

5. Gesundheitspolitik neu ausrichten

Bürgerversicherungen sind das richtige Finanzierungskonzept in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir fordern ein umfangreiches, ressortübergreifendes Präventionsgesetz. Medizinische Rehabilitation ist als Teilhabeleistung zielgruppensensibel auszugestalten und allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen.

6. Qualitativ hochwertige Pflege sichern

Wir fordern den Erhalt und die Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung als eigenständigen Beruf sowie die Einführung eines neuen, erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs und ein Umdenken in der Qualitätsdebatte. Hier müssen mehr Ergebnis- und Lebensqualität zum Maßstab gemacht werden.

7. Rente sichern, Altersarmut vermeiden

Wir fordern eine Anhebung des Rentenniveaus, eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und deren Umbau zur Erwerbstätigenversicherung. Damit sich Vorsorge auch für Beschäftigte mit wenig Einkommen lohnt, fordern wir einen Freibetrag aus allen drei Säulen der Alterssicherung auf die Grundsicherung im Alter.

Wir fordern eine Rentenangleichung in den neuen Bundesländern nach dem Bündnis „Rentenangleichung Ost“.

8. Reformen am Arbeitsmarkt

Wir fordern die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 8,50 Euro und eine gezielte Begrenzung atypischer Beschäftigung durch klare Rahmenbedingungen, insbesondere die Einschränkung von Minijobs, Leiharbeit und Werkverträgen.

9. Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes

Wir fordern öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen, die seit Jahren ohne Arbeit sind. Die AWO hat ein Konzept entwickelt, das nicht nur auf Beschäftigung abzielt, sondern darüber hinaus adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen vorsieht.

10. Neuberechnung des SGB II-Regelbedarfs

Der Regelbedarf im SGB II ist zu niedrig angesetzt. Der Anspruch, soziale Teilhabe zu ermöglichen und so Menschen und ihre Potentiale zu stärken, ist nicht erfüllbar. Wir fordern eine transparente Neuberechnung und gehen von einem Bedarf von mindestens 450 Euro aus.

11. Energiewende sozial gestalten

Wir fordern die Verknüpfung einer konsequenten Energiewende mit engagierter Sozialpolitik. Hierfür bedarf es einer gerechteren Kostenverteilung sowie wirksamer sozialpolitischer Lösungen zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Der Zugang zu Energie muss als Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe für alle sichergestellt werden.

12. Kinder- und Familienarmut bekämpfen

Wir fordern eine Neuorientierung im Hinblick auf familienpolitische Leistungen, ein einkommensabhängiges Kindergeld und eine Debatte über alternative Modelle wie die Einführung einer Kindergrundsicherung. Neben monetären Transfers muss ein kostenfreier und niedrigschwelliger Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungs-, Betreuungs-, und Erziehungsangeboten sichergestellt werden. Wir fordern den Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote und eine Änderung der bisherigen Kita-Finanzierung.

13. Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit im Lebenslauf

Entscheidend für mehr Teilhabegerechtigkeit ist ein Ausbau leicht zugänglicher Familienbildungs- und Beratungsangebote, die Familien von Anfang an in der Bildung und Erziehung ihrer Kinder begleiten, die außerschulische Bildung zu fördern, sowie der Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen. Statt einem Betreuungsgeld fordern wir mehr Investitionen in Bildung. Das Bildungssystem ist auf seine Inklusionswirkungen konsequent zu überprüfen und finanziell und gesetzlich so zu unterstützen, dass Inklusion gerade in allen Bildungseinrichtungen umgesetzt werden kann. Daneben fordern wir eine

Verfahrensvereinfachung und die Neugestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets. Wir fordern eine finanzielle Absicherung der Schulsozialarbeit über das Jahr 2013 hinaus.

14. Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen.

15. Gleichstellung verwirklichen

Wir fordern eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männern gleiche Teilhabechancen im Erwerbsleben einräumt und eine gleichberechtigte Verantwortung für familiäre Sorgearbeit sowohl für Kinder als auch ältere Pflegebedürftige fördert. Eine schlüssige Gleichstellungspolitik verwirklicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit und regelt die Übernahme von Führungsverantwortung durch mehr Frauen. Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings. Notwendig ist die Einführung einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag und die gesetzliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare.

In der Rente sind Kindererziehungszeiten für alle Erziehenden gleich zu behandeln – Geburtenjahre vor 1992 und nach 1991, als auch Ost und West. Die Aufwendungen müssen als gesamtgesellschaftliche Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden.

16. Mehr Rechte für Menschen mit Behinderung

Wir fordern die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Darüber hinaus sind ein Teilhabegesetz sowie gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen erforderlich. Wir fordern ein Wahlrecht für Menschen mit Behinderung.

17. Europa sozial gestalten

Wir fordern ein soziales Europa, das Investitionen in Gesundheit, Bildung und den Sozialstaat fördert. Dafür sind die Strukturfonds ein wichtiges Mittel. In Deutschland müssen die Förderimpulse jedoch aufgegriffen werden. Wir fordern beispielsweise, dass die Säule „arbeitsmarktferne Personen“ im sogenannten Hilfsfonds in Deutschland abgerufen und die Fördersumme entsprechend aus allen Fonds abgezogen wird.

18. Einbürgerung erleichtern und Flüchtlings- und Asylpolitik neu aufstellen

Wir fordern die Einbürgerungsmöglichkeiten in Deutschland zu erleichtern, die Optionspflicht abzuschaffen und gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus zu bekämpfen.

Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie gleiche Rechte für Asylsuchende in Deutschland. Eine humanitäre europäische Grenzpolitik ist unumgänglich.

19. Bessere Bedingungen für Bürgerschaftliches Engagement

Wir fordern verbesserte Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement und die Freiwilligendienste. Es darf nicht missbräuchlich zur Kompensation leerer öffentlicher Kassen stattfinden.

20. Bezahlbarer Wohnraum

Eine weitere Spaltung der Wohnquartiere ist dringend zu verhindern – im Sinne aller Menschen. Wir brauchen unter anderem eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und den Ausbau sinnvoller Programme wie zum Beispiel Soziale Stadt.